

Niederschrift

über die in der 26. Sitzung des Kreistages
am 13.12.2018 im Maywaldsaal des Kreishauses in Kleve gefassten Beschlüsse
- öffentliche Sitzung -

Beginn der öffentlichen Sitzung	: 16:00 Uhr
Ende der öffentlichen Sitzung	: 18:52 Uhr
Beginn der nichtöffentlichen Sitzung	: 18:52 Uhr
Ende der nichtöffentlichen Sitzung	: 19:09 Uhr

anwesend sind

Angenendt, Brigitte	Kleve
Croonenbroek, Hubertina	Kerken
Draack, Franz-Josef	Wachtendonk
Düllings, Paul	Issum
Elverfeldt von, Max	Weeze
Erkens, Hans-Willi	Geldern
Fenger, Andre	Rees
Giesen, Heinz	Geldern
Heinzel, Freddy	Emmerich am Rhein
Hohl, Peter	Kevelaer
Kerkenhoff, David	Kalkar
Kersten, Gertrud	Kranenburg
Klinkhammer, Robert	Rees
Koppers, Josef	Goch
Dr. Krebber, Klaus	Emmerich am Rhein
Mailänder, Josef	Straelen
Mulder, Andy	Kleve
Natrop, Mathias	Kranenburg
Palmen, Manfred	Kleve
Papen, Hans-Hugo	Rheurdt
Poell, Peter	Goch
Schmidt, Gabriele	Kleve
Schreiber, Adolf	Goch
Selders, Hannes	Kevelaer
Stevens, Agnes	Uedem
Ulrich, Ulrike	Emmerich am Rhein
Winkels, Lothar	Bedburg-Hau
Wolters, Stephan	Geldern
Beckers, Irmgard	Issum
Brandt, Klaus	Bedburg-Hau
Derstappen, Gertrud	Wachtendonk
Eicker, Sigrid	Geldern
Engler, Gerd	Goch
Franken, Jürgen	Kranenburg
Friedmann, Peter	Rees
Helbing, Peter	Kerken
Kreutzmann, Andrea	Geldern

Plotke, Kathrin	Uedem
Rupp, Thorsten	Emmerich am Rhein
Sander, Helma	Kalkar
Trenckmann, Bettina	Goch
Vonscheidt, Irene	Kevelaer
Vopersal, Jörg	Kevelaer
Wucherpfennig, Brigitte	Kleve
Höhn, Birgitt	Kevelaer
Dr. Prior, Helmut	Kleve
Sickelmann, Ute	Emmerich am Rhein
Terkatz, Hans-Hermann	Straelen
Währisch-Große, Elke	Rheurdt
Gorißen, Dietmar	Kleve
Prof. Dr. Klapdor, Ralf	Uedem
Wittenburg, Thomas	Issum
Reuter, Tim	Geldern
Hayduk, Norbert	Geldern
Habicht, Kai	Kerken

entschuldigt sind

Krystof, David	Goch
Heinricks, Michael	Kerken
Severin, Rainer	Kleve

anwesend sind von der Verwaltung

Spreen, Wolfgang
Boxnick, Zandra
Suerick, Wilfried
Reynders, Rudolf
Hälker, Silke
Dr. Heesen, Sylvia
Dr. Reynders, Hermann
Baetzen, Jürgen
Lamers, Silke
Jansen, Christoph
Keuken, Ruth
Lamers, Monika
te Baay, Ute
Averbrock, Thomas
Pastoors, Jürgen
Luipers, Hans

als Schriftführerin

Bormann-Ervens, Denise

Vor Eintritt in die Tagesordnung erbittet Landrat Wortmeldungen im Rahmen der Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner.

Herr Röhrich stellt folgende Frage: Die Richtlinien zur Vermeidung von Korruption in der Kreisverwaltung Kleve sind meinen Recherchen nach nur Beratungsgegenstand von nichtöffentlichen Sitzungen und deshalb würde ich gerne erfahren, ob oder und wie viele Fälle der Verwaltungsspitze

bekannt sind, wo eine Kontrolle / Überprüfung durchgeführt wurde. Zudem stellt er folgende Zusatzfrage: Die Angaben im Sinne des § 16 Korruptionsbekämpfungsgesetz halte ich bei den Kreistagsmitgliedern aber auch bei den sachkundigen Bürgern für auffällig, betrachtet man die Informationen, welche auf Kommunalebene zu finden sind. Deshalb würde ich gerne erfahren, ob der Kreisverwaltung hier Auffälligkeiten / Fälle bekannt sind.

Landrat sagt schriftliche Beantwortung zu.

Landrat stellt fest, dass die Einladung zur Sitzung ordnungsgemäß erfolgt ist, die Einladungsfrist eingehalten und Ort und Zeitpunkt der Sitzung in der vorgeschriebenen Weise bekanntgemacht worden sind.

Landrat stellt weiter fest, dass der Kreistag beschlussfähig ist.

Hinweis auf nachgereichte Unterlagen:

- Ergänzungsvorlage 935a/WP14 zu TOP 21: Studie zur Nitratbelastung des Grundwassers im Kreis Kleve – Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 08.10.2018
- Ergänzungsvorlage 957a/WP14 zu TOP 33: Niederrheinische Verkehrsbetriebe Aktiengesellschaft (NIAG) – Übertragung von Anteilen

KTM Franken beantragt für die SPD-Kreistagsfraktion den Tagesordnungspunkt 14 von der Tagesordnung abzusetzen. Der Antrag wird damit begründet, dass die Fraktion UKF nicht mehr besteht.

Landrat weist darauf hin, dass die Verwaltung geprüft hat, ob ein Antrag der Fraktion UKF in der Sitzung noch einer Entscheidung zugänglich ist. Dies wäre nach Auffassung der Verwaltung dann nicht der Fall, wenn die Fraktion im Zeitpunkt der Sitzung nicht mehr bestünde. Die Fraktion, die im Zeitpunkt der Antragstellung als Fraktion UKF firmierte, firmiert heute durch Umbenennung als identische Fraktion als Fraktion DIE LINKE.

KTM Franken führt aus, dass nicht erkennbar war, dass eine Umbenennung vorliegt. Er nimmt den Antrag zur Tagesordnung zurück.

Auf die Frage des Landrates an die Kreistagsmitglieder, ob sich jemand im Sinne der gesetzlichen Ausschlussgründe zu einem Tagesordnungspunkt oder Beratungsgegenstand für befangen hält, ergeht keine Erklärung.

Landrat weist auf die auf den Tischen ausliegenden Kalender für das Klever Land auf das Jahr 2019 und den Geldrischen Heimatkalender 2019 sowie die Broschüre „Vereine im Kreis Kleve – Fit im Alter – Gesund und aktiv durch Sport, Geselligkeit und mehr“ hin.

- - - - -

Öffentliche Sitzung

- | | | |
|----|--|----------|
| 1. | Einführung und Verpflichtung eines Kreistagsmitgliedes | 887/WP14 |
| 2. | Verleihung eines Heimatpreises im Kreis Kleve
Antrag der CDU-Kreistagsfraktion vom 11.09.2018 | 940/WP14 |
| 3. | Kreispartnerschaft
Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 01.10.2018 | 921/WP14 |

- | | | |
|-----|--|------------|
| 4. | Barrierefreier Zugang zu Kreisgebäuden
Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 01.10.2018 | 953_1/WP14 |
| 5. | Bericht zu dem Einsatz der Polizeibeamten in Geldern am 06. Juli 2018 und zu den Vorgängen in der Polizeiwache Geldern am selben Tag im Zusammenhang mit der Festnahme des syrischen Staatsbürgers Ahmed A.
Antrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE. vom 05.11.2018 | 944/WP14 |
| 6. | Fortschreibung des Gleichstellungsplans für die Kreisverwaltung Kleve | 959/WP14 |
| 7. | Änderung eines Bildungsganges am Berufskolleg Geldern des Kreises Kleve rückwirkend zum Schuljahr 2018/19; Kaufmann/-frau im Einzelhandel / Verkäufer/-in (gemeinsame Beschulung) von drei auf vier Züge | 945/WP14 |
| 8. | Errichtung eines Bildungsganges am Berufskolleg Geldern des Kreises Kleve zum Schuljahr 2019/20; Berufliches Gymnasium im Fachbereich Technik mit dem fachlichen Schwerpunkt Ingenieurwissenschaften | 946/WP14 |
| 9. | Errichtung eines Bildungsganges am Berufskolleg Geldern des Kreises Kleve zum Schuljahr 2019/20; Einjährige Berufsfachschule mit beruflichen Kenntnissen, Fähigkeiten und Fertigkeiten und ein dem Hauptschulabschluss nach Klasse 10 gleichwertigen Abschluss im Fachbereich Technik/Naturwissenschaften mit dem fachlichen Schwerpunkt Fahrzeugtechnik | 947/WP14 |
| 10. | Beschluss über den Gesamtabschluss 2015 des Kreises Kleve und die Entlastung des Landrates | 926/WP14 |
| 11. | Beschluss über den Jahresabschluss 2017, die Entlastung des Landrates und die Behandlung des Jahresergebnisses | 922/WP14 |
| 12. | Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Verkauf von RWE Aktien | 920/WP14 |
| 13. | Sachstandsbericht zum Knotenpunktsystem im Kreis Kleve;
Antrag der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN | 942/WP14 |
| 14. | Bauwerksprüfungen und Prüfungsintervalle für die Straßenbrücken im Kreis Kleve;
Antrag der Unabhängigen Kreistagsfraktion (UKF) vom 24.09.2018 | 916/WP14 |
| 15. | Entgeltliche oder geschäftsmäßige Personenbeförderung
Änderung der ordnungsbehördlichen Verordnung über den Taxentarif für den Kreis Kleve | 934/WP14 |
| 16. | Schnellstmögliche Verbesserung und Ausbau der Bahnstrecke Geldern – Kleve grenzüberschreitend bis nach Nijmegen
Anträge der SPD-Kreistagsfraktion vom 11.09.2018 sowie vom 20.11.2018 | 937_1/WP14 |

- | | | |
|--|---|--------------|
| 17. | Pflegebedarfsplan des Kreises Kleve
Fortschreibung zum 31.12.2018 | 877_1/WP14 |
| 18. | Demografiekonzept des Kreises Kleve
Vereinsbefragung | 878_1/WP14 |
| 19. | Satzung des Kreises Kleve über die Erhebung von Gebühren und
Auslagen für Amtshandlungen auf dem Gebiet der Frischfleischhy-
giene | 938/WP14 |
| 20. | Änderung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zwischen der
Landeshauptstadt Düsseldorf, dem Kreis Mettmann und dem Kreis
Kleve über die Untersuchung und Begutachtung von Lebensmitteln,
Bedarfsgegenständen und Kosmetika für den Kreis Kleve | 955/WP14 |
| 21. | Studie zur Nitratbelastung des Grundwassers im Kreis Kleve
Antrag der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom
08.10.2018 | 935/WP14 |
| 22. | Landschaftsplan des Kreises Kleve Nr. 10 – Weeze
Anpassung des Landschaftsplans an die kommunale Bauleitpla-
nung der Gemeinde Weeze (35. Flächennutzungsplanänderung
,Feuerwehr Weeze Wemb‘) | 927/WP14 |
| 23. | Landschaftsplan des Kreises Kleve Nr. 13 – Geldern-Issum
Anpassung des Landschaftsplans an die kommunale Bauleitpla-
nung der Stadt Geldern (26. Flächennutzungsplanänderung ,Ver-
schwenkung Stadtkerntangente‘) | 928/WP14 |
| 24. | Landschaftsplan des Kreises Kleve Nr. 08 – Uedem
Anpassung des Landschaftsplans an die kommunale Bauleitpla-
nung der Gemeinde Uedem (34. Änderung des Flächennutzungs-
plans der Gemeinde Uedem und Aufstellung des Bebauungsplans
Uedem Nr. 10f ,Gewerbegebiet Molkereistraße‘ im Parallelverfah-
ren) | 929/WP14 |
| 25. | Rettungsdienst;
Beschlussfassung über den Wirtschaftsplan 2019 für den Rettungs-
dienst des Kreises Kleve | 961/WP14 |
| 26. | Mitteilungen | 826/924/WP14 |
| 27. | Anfragen | |
| <u>Nichtöffentliche Sitzung</u> | | |
| 28. | Abberufung als Prüferin der Arbeitsgruppe Rechnungsprüfung | 923/WP14 |
| 29. | Grundstücksangelegenheiten
Flächentausch im Rahmen der Flurbereinigung zur Deichsanierung | 930/WP14 |
| 30. | Grundstücksangelegenheiten
Erwerb eines Flurstückes in der Gemarkung Straelen | 936/WP14 |

- | | |
|--|--------------|
| 31. Grundstücksangelegenheiten
Erwerb eines Flurstücks in der Gemarkung Hau | 939/WP14 |
| 32. Berichte aus den Beteiligungsgesellschaften des Kreises Kleve | 956/WP14 |
| 33. Mitteilungen | 957/958/WP14 |
| 34. Anfragen | |

- - - - -

Zu Punkt 1 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 887 /WP14

Einführung und Verpflichtung eines Kreistagsmitgliedes

Landrat führt Frau Vonscheidt feierlich in ihr Amt ein und verpflichtet sie durch Abnahme der Verpflichtungserklärung und Handschlag zur gesetzmäßigen und gewissenhaften Wahrnehmung ihrer Aufgaben.

Zu Punkt 2 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 940 /WP14

Verleihung eines Heimatpreises im Kreis Kleve
Antrag der CDU-Kreistagsfraktion vom 11.09.2018

KTM Franken erfragt, vorbehaltlich eines positiven Beschlusses des Kreistages, ab wann und wo das Formblatt zur Ausübung des Vorschlagsrechtes erhältlich sein wird. Er weist darauf hin, dass der Beschlussvorschlag nicht in Gänze mit dem Wortlaut in der Drucksache übereinstimmt und regt an, den Wortlaut der Drucksache für die Beschlussfassung zu übernehmen.

Frau Boxnick antwortet, dass nach erfolgter Beschlussfassung eine Pressemitteilung herausgegeben wird. Das Formblatt steht dann im Internet zum Abruf bereit und ist auch bei der Kreisverwaltung erhältlich.

Landrat weist KTM Franken darauf hin, dass eine Änderung des Beschlusstextes eines Antrages bedarf. Er erläutert, dass eine Änderung aus Sicht der Verwaltung nicht erforderlich ist. Die Drucksache weist Erläuterungen der Verwaltung aus. Nach dem Verständnis der Verwaltung schließt die Formulierung der Beschlussempfehlung des Kreisausschusses die Inhalte der Formulierung der Drucksache nicht aus, sondern mit ein. Die Formulierung im Beschlussvorschlag wurde bewusst kürzer und offen gefasst, um im Auswahlprozess einen größtmöglichen Spielraum zu haben. Aus dem Plenum ergehen diesbezüglich keine Einwendungen. KTM Trenckmann weist zu dem dritten Preiskriterium darauf hin, dass es aus ihrer Sicht fraglich ist, ob unter den Begriff "Erhalt" das Gleiche gefasst werden kann, wie unter den Begriff "Engagement", da dieser auch die Schaffung von etwas Neuem umfasst.

KTM Ulrich betont, dass es um die Wertschätzung von Ehrenamt und Heimatverbundenheit geht. Aus ihrer Sicht sind in den Preiskriterien des Beschlussvorschlages alle angesprochenen Dinge inkludiert. Sie weist darauf hin, dass es für den späteren Entscheidungsprozess einer gewissen Flexibilität bedarf. Aus Sicht der CDU-Kreistagsfraktion ist keine Anpassung des Beschlusstextes notwendig.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 4 Gegenstimmen und 3 Enthaltungen

Beschluss:

Der Kreistag des Kreises Kleve beschließt die Teilnahme am „Heimat-Preis“ des vom Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung NRW aufgelegten Förderprogrammes „Heimat. Zukunft. Nordrhein-Westfalen. Wir fördern, was Menschen verbindet“.

Für den Heimatpreis des Jahres 2019 legt der Kreistag folgende Preiskriterien fest:

- Verdienste um die Heimat
- Pflege und Förderung von Bräuchen
- Erhalt von Kultur und Tradition

Es muss mindestens ein Preiskriterium erfüllt werden.

Zu Punkt 3 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 921 /WP14

Kreispartnerschaft

Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 01.10.2018

KTM Rupp weist darauf hin, dass seit vielen Jahrzehnten Partnerschaften unterschiedlichster Art bestehen, die im Laufe der Zeit einer Entwicklung unterlagen. Mittlerweile stehen andere Dinge im Fokus wie zu Beginn, nämlich Themen wie Wohnungsbau, Umweltschutz, Gesundheitsförderung etc. Die Städte und Gemeinden, die eine Partnerschaft unterhalten, wissen um deren Bedeutung. Aus Sicht der SPD-Kreistagsfraktion sind kommunale Partnerschaften die ideale Möglichkeit, an Entwicklungen mitzuwirken und Neues zu erfahren. Er zitiert den Europaminister, der ausgeführt hat, dass 90% der Partnerschaften der Städte und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen mit Kommunen in Europa gepflegt werden. Diese sind gerade in Zeiten, in denen Europa vielerorts in Frage gestellt wird, ein wichtiges Signal. Aus Sicht der SPD-Kreistagsfraktion ist eine Kreispartnerschaft notwendig, sinnvoll und geboten. Auch der Kreis Kleve sollte von einer Kreispartnerschaft profitieren. Es wird eine moderne Partnerschaft angeregt, die neue Formen der Kooperation und des Austausches sucht. Daraus resultiert auch die Forderung nach der Einrichtung einer Projektgruppe.

KTM Ulrich führt aus, dass die förmliche Bindung einer Kreispartnerschaft als problematisch angesehen wird. Das Funktionieren von Kooperationen und Partnerschaften hängt entscheidend von den handelnden Personen ab. Viele Partnerschaften haben nicht dauerhaft funktioniert. Aus Sicht der CDU-Kreistagsfraktion sind flexible Lösungen, die in den Bereichen stattfinden, wo sie sich anbieten, besser. Ein herausragendes Beispiel ist z.B. die Internationalität der Hochschule.

KTM Habicht sagt, dass eine Verbundenheit mit anderen Kreisen wichtig ist. Die Zusammenarbeit sollte sich jedoch mehr auf die eigene Region beziehen. Dies hätte einen größeren Nutzen, wäre einfacher zu realisieren und zukunftsträchtiger. Da der Antrag diese Punkte nicht beinhaltet, wird er ihm nicht zustimmen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 19 Gegenstimmen und 3 Enthaltungen

Beschluss:

Der Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 01.10.2018 wird abgelehnt.

Zu Punkt 4 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 953 _1/WP14

Barrierefreier Zugang zu Kreisgebäuden
Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 01.10.2018

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschluss:

Dem Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 01.10.2018 wird zugestimmt.

Zu Punkt 5 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 944 /WP14

Bericht zu dem Einsatz der Polizeibeamten in Geldern am 06. Juli 2018 und zu den Vorgängen in der Polizeiwache Geldern am selben Tag im Zusammenhang mit der Festnahme des syrischen Staatsbürgers Ahmed A.

Antrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE. vom 05.11.2018

KTM Hayduk erklärt, dass vordringlichster Grund der Antragstellung war, öffentlich die Bestürzung und das ungläubige Bedauern darüber zum Ausdruck zu bringen, dass so ein vermeidbares Drama im Kreis Kleve stattfinden konnte.

Landrat betont, dass eine Zuständigkeit des Kreises Kleve nicht besteht, da es sich um eine Angelegenheit des Landes handelt. Mit dieser Thematik ist sich daher nicht im Rahmen der Kreistagssitzung zu befassen.

Zu Punkt 6 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 959 /WP14

Fortschreibung des Gleichstellungsplans für die Kreisverwaltung Kleve

Die Gleichstellungsbeauftragte, Silke Lamers, trägt den in der Anlage beigefügten Vortrag vor.

KTM Trenckmann führt aus, dass die vorliegenden Unterlagen seitens der SPD-Kreistagsfraktion grundsätzlich positiv beurteilt werden. Es ist gelungen, die Unterrepräsentanz weiblicher Beschäftigter im Bereich der allgemeinen Verwaltung, ab der Besoldungsgruppe A 12 / Entgeltgruppe E 10, deutlich abzubauen. Es würde begrüßt, wenn dies auch im naturwissenschaftlichen Bereich gelingen würde. Der Bericht zeigt, dass es ein großes Potential weiblicher Beschäftigter gibt, die in den nächsten Jahren in Führungspositionen nachrücken können. Deutlich wird auch die enorme Arbeitsbelastung der Gleichstellungsbeauftragten im internen Bereich. Dem ist geschuldet, dass ihre Repräsentanz im externen Bereich leidet, was die Wichtigkeit einer Vollzeitstelle zeigt. Hinsichtlich des Gleichstellungsplanes weist KTM Tenckmann darauf hin, dass keine neue gläserne Decke geschaffen werden sollte. Wenn mehr Frauen besser qualifiziert sind, so sind die 50% zu überschreiten. Für den Bereich der Aus- und Fortbildung sollte über eine Kinderbetreuung nachgedacht werden, um auch für Alleinerziehende einen Anreiz zu schaffen, die Angebote wahrzunehmen. In den Jahren 2020 und 2021 sind mehrere Nachbesetzungen in Führungspositionen vorzunehmen. Die Frauen, die gut qualifiziert sind, sollten dabei berücksichtigt werden, auch wenn daraus eine Überschreitung der 50% resultieren sollte.

KTM von Elverfeldt sagt, dass die vorgelegten Unterlagen aussagekräftig sind. Der Gleichstellungsplan ist ein Instrument der gezielten Personalplanung. Chancengleichheit und Familien-

Freundlichkeit für die Beschäftigten sollen dabei die Maxime des Handelns sein. Im Kern geht es um die Verwirklichung persönlicher Lebensentwürfe der Geschlechter. Der Kreis Kleve ist ein familienfreundlicher Arbeitgeber. Es geht um den Abbau der Unterrepräsentanz von Frauen und Männern. Bereits seit 2010 sind mehr Frauen als Männer bei der Kreisverwaltung Kleve beschäftigt. Es ist positiv zu beurteilen, dass das Verhältnis der Geschlechter inzwischen in vielen Bereichen ausgeglichen ist. Entscheidend ist aber auch, dass die Leistungsentgelte ebenfalls gewährleistet und ausgeglichen sind. Aus Sicht der CDU-Kreistagsfraktion bemüht sich der Kreis Kleve seit vielen Jahren erfolgreich, Frauen adäquate Stellen anbieten zu können. Dennoch muss bei der Einstellung sicherlich die Beurteilung der Bewerberinnen und Bewerber die entscheidende Rolle spielen. Die Zahlen belegen die konsequente und erfolgreiche Umsetzung der Planvorgaben. Es werden zwei Änderungen zum vorliegenden Entwurf des Gleichstellungsplanes beantragt. Im Vorwort sollte im vorletzten Absatz formuliert werden, "dass Frauen und Männer in allen Bereichen, Berufen und Funktionen paritätisch vertreten sind". Und unter Punkt 1.2 sollte es im letzten Satz heißen: ist ein... größerer Pool qualifizierter Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aufzubauen.

KTM Höhn weist darauf hin, dass im Entwurf des Gleichstellungsplanes vielfach der Begriff der Frauenförderung genutzt wird. Es ist ein Perspektivwechsel erforderlich. Der Ansatz der Gleichstellung erweitert den Blickwinkel und schaut gleichzeitig auf beide Geschlechter. Gleichstellung setzt bei allen Entscheidungen mit dem Ziel an, die unterschiedlichen Lebensperspektiven von Frauen und Männern zu berücksichtigen, vor allem auch dann, wenn auf den ersten Blick keine geschlechtsspezifischen Probleme zu sehen sind. Im Bericht nach § 5 LGG sind auch Maßnahmen zum Abbau von Unterrepräsentanzen aufzuführen. Dazu gehört auch die Unterrepräsentanz in Gremien. Dies fehlt im Bericht. Die Kreistagsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN wird dem Gleichstellungsplan zustimmen. Ziel sollte jedoch auch die Änderung von Rollenstereotypen sein. Perspektivisch besteht zudem der Wunsch, dass die Stelle der Gleichstellungsbeauftragten auch in der Öffentlichkeit mehr Sichtbarkeit erfährt und in Vollzeit besetzt wird.

KTM Habicht vertritt die Meinung, dass Stellen nach der Eignung und nicht nach dem Geschlecht zu vergeben sind. Eine Quote lehnt er ab. Natürlich ist es unerlässlich, dabei fair miteinander umzugehen und die Gleichberechtigung im Auge zu behalten. Er weist darauf hin, dass unter Ziffer 2.8 des Entwurfs des Gleichstellungsplanes ausgeführt wird, dass bei der Nachbesetzung geeignete Frauen angesprochen werden sollen. Eine Anstrengung, im Bereich der Reinigungskräfte Männer zu finden, ist hingegen nicht formuliert. Es wirkt nicht wie eine ehrliche Gleichstellung. Dem Gleichstellungsplan wird er nicht zustimmen.

KTM Prof. Dr. Klapdor erklärt, dass es einen Paradigmenwechsel gibt und nicht mehr von Frauenförderung, sondern von Gleichstellung, gesprochen wird. Insgesamt ist festzustellen, dass der Kreis Kleve ein gutes Stück vorangekommen ist. Die FDP-Kreistagsfraktion wird dem Entwurf des Gleichstellungsplanes zustimmen. Es bleiben Bereiche, in denen es noch Potential für Verbesserungen gibt. Dabei darf nicht verkannt werden, dass es Bereiche gibt, die dem Einwirken der Kreisverwaltung nur teilweise zugänglich sind. Gerade im naturwissenschaftlich-technischen Bereich wird die 50%-Quote noch deutlich unterschritten. Jeder Mann bzw. jede Frau entscheidet selber, welchen Beruf er / sie ergreift. Vor dem Hintergrund, dass Frauen im Bereich der Teilzeit überproportional vertreten sind und die Beurteilungen bei Beschäftigten in Teilzeit vielfach schlechter ausfallen als bei Beschäftigten in Vollzeit merkt er kritisch an, dass die Punkte 2.3 und 2.4 mehr in die Tiefe gehen könnten. Die Ursachen sollten erforscht und beseitigt werden.

KTM Währisch-Große thematisiert die Herausforderungen, die mit der Digitalisierung einhergehen. Mit Blick auf die Fortschreibung des Gleichstellungsplanes bittet sie, bei der Zusammensetzung der Gremien, die sich mit der Digitalisierung befassen, gender mainstreaming zu betreiben.

Der Entwurf des Gleichstellungsplanes 2019 - 2021 wird einvernehmlich inklusive der seitens der CDU-Kreistagsfraktion beantragten Änderungen zur Abstimmung gestellt.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 1 Gegenstimme

Beschluss:

Kreistag nimmt den Bericht gemäß § 5a Landesgleichstellungsgesetz und Ziffer 4 des Frauenförderplans 2016 – 2018 über die Personalentwicklung und die durchgeführten Maßnahmen zur Kenntnis.

Kreistag beschließt gemäß § 5 Abs. 4 Landesgleichstellungsgesetz den der Niederschrift beige-fügten Gleichstellungsplan 2019 – 2021 der Kreisverwaltung Kleve.

Zu Punkt 7 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 945 /WP14

Änderung eines Bildungsganges am Berufskolleg Geldern des Kreises Kleve rückwirkend zum Schuljahr 2018/19; Kaufmann/-frau im Einzelhandel / Verkäufer/-in (gemeinsame Beschulung) von drei auf vier Züge

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei 2 Enthaltungen

Beschluss:

Vorbehaltlich der Genehmigung durch die Bezirksregierung Düsseldorf wird gem. § 81 Absatz 2 Schulgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (SchulG) am Berufskolleg Geldern des Kreises Kleve, Am Nierspark 35 in 47608 Geldern (Schul-Nr.: 173708) die gemeinsame Beschulung der Bildungsgänge „Kaufmann/-frau im Einzelhandel“ und „Verkäufer/-in“; APO-BK Anlagen A 1.1 rückwirkend ab 01.08.2018 von drei Züge auf vier Züge erweitert.

Zu Punkt 8 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 946 /WP14

Errichtung eines Bildungsganges am Berufskolleg Geldern des Kreises Kleve zum Schuljahr 2019/20; Berufliches Gymnasium im Fachbereich Technik mit dem fachlichen Schwerpunkt Ingenieurwissenschaften

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschluss:

Vorbehaltlich der Genehmigung durch die Bezirksregierung Düsseldorf wird gem. § 81 Absatz 2 Schulgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (SchulG) am Berufskolleg Geldern des Kreises Kleve, Am Nierspark 35 in 47608 Geldern (Schul-Nr.: 173708) der Bildungsgang - Berufliches Gymnasium im Fachbereich Technik mit dem fachlichen Schwerpunkt Ingenieurwissenschaften – APO-BK Anlage D zum Schuljahr 2019/20 einzügig in Vollzeitform eingeführt.

Zu Punkt 9 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 947 /WP14

Errichtung eines Bildungsganges am Berufskolleg Geldern des Kreises Kleve zum Schuljahr 2019/20; Einjährige Berufsfachschule mit beruflichen Kenntnissen, Fähigkeiten und Fertigkeiten und ein dem Hauptschulabschluss nach Klasse 10 gleichwertigen Abschluss

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschluss:

Vorbehaltlich der Genehmigung durch die Bezirksregierung Düsseldorf wird gem. § 81 Absatz 2 Schulgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (SchulG) am Berufskolleg Geldern des Kreises Kleve, Am Nierspark 35 in 47608 Geldern (Schul-Nr.: 173708) der Bildungsgang - Einjährige Berufsfachschule mit beruflichen Kenntnissen, Fähigkeiten und Fertigkeiten und einen dem Hauptschulabschluss nach Klasse 10 gleichwertigen Abschluss im Fachbereich Technik/Naturwissenschaften mit dem fachlichen Schwerpunkt Fahrzeugtechnik APO-BK Anlage B 1 - zum Schuljahr 2019/20 einzügig in Vollzeitform eingeführt.

Zu Punkt 10 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 926 /WP14

Beschluss über den Gesamtabchluss 2015 des Kreises Kleve und die Entlastung des Landrates

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschluss:

1. Der Kreistag bestätigt gemäß § 53 Abs. 1 KrO NRW i.V.m. § 116 Abs. 1 GO NRW den vom Rechnungsprüfungsausschuss geprüften Gesamtabchluss 2015.
2. Dem Landrat wird gemäß § 53 Abs. 1 KrO NRW i.V.m. § 116 Abs.1 GO NRW und § 96 Abs. 1 GO NRW die vorbehaltlose Entlastung erteilt.

Zu Punkt 11 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 922 /WP14

Beschluss über den Jahresabschluss 2017, die Entlastung des Landrates und die Behandlung des Jahresergebnisses

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschluss:

1. Der Kreistag stellt gemäß § 53 Abs. 1 der Kreisordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (KrO NRW) in Verbindung mit § 96 Abs. 1 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) den Jahresabschluss 2017 in der durch den Rechnungsprüfungsausschuss geprüften Fassung fest.
2. Dem Landrat wird gemäß § 53 Abs. 1 KrO NRW in Verbindung mit § 96 Abs. 1 GO NRW die vorbehaltlose Entlastung erteilt.
3. Der in 2017 entstandene Jahresüberschuss wird mit einem Anteil von 771.283,54 EUR der Ausgleichsrücklage und mit einem Anteil von 5.468.307,77 EUR der allgemeinen Rücklage zugeführt.

Zu Punkt 12 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 920 /WP14

Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Verkauf von RWE Aktien

KTM Höhn führt aus, dass die Gründe, die die Kreistagsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN zur Antragstellung bewogen haben, in dem Antrag dargelegt sind. Aktuell stellt sich die Frage, wie weit der Kurs der RWE-Aktie noch fallen wird, wenn die Kohlekommission das Datum für den Kohle-

ausstieg bekannt gibt. Auch andere Kriterien werden sich weiter negativ auf den Kurs der RWE-Aktie auswirken. Daher sollte ein Verkauf der Aktien erfolgen.

KTM Dr. Prior sagt, dass, insbesondere bei größeren Investments, die Auffassung vertreten wird, dass nicht nur Geld eine Rolle spielen darf. Wenn, wie aus Sicht der Kreistagsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN im vorliegenden Fall, deutlich zu erkennen ist, dass eine verfehlte Unternehmensstrategie unterstützt wird, darf auch dies bzw. sollte dies eine Entscheidungsgrundlage sein.

KTM Prof. Dr. Klapdor erwidert, dass es jedem in seinem privaten Bereich unbenommen ist, zu überlegen, nach welchen Maßstäben er Anlageentscheidungen trifft. Die FDP-Kreistagsfraktion hat bereits mehrfach geäußert, dass es keinen strategischen Grund gibt, warum der Kreis Kleve an RWE beteiligt sein sollte. Vor diesem Hintergrund ist es eine rein finanzielle Geldanlage. Die Frage des Zeitpunktes spielt für einen möglichen Verkauf eine Rolle. Die Analysten gelangen überwiegend zu der Einschätzung, dass die RWE-Aktie unterbewertet ist. Auch bei einer rein finanzwirtschaftlichen Betrachtung ist derzeit nicht der richtige Zeitpunkt für einen Verkauf. Er betont, dass aus Sicht der FDP-Kreistagsfraktion eine Geldanlage diversifiziert sein sollte und sich somit grundsätzlich die Frage stellt, sich zu einem anderen Zeitpunkt zumindest von einem Teil der RWE-Aktien zu trennen. Eine Notwendigkeit, alle Aktien zeitgleich zu verkaufen, wird nicht gesehen.

KTM Habicht teilt die Meinung der Verwaltung, dass aus finanziellen Gründen an den RWE-Aktien festgehalten werden sollte und auch, dass die Dividende sich positiv entwickeln wird. Auch den Ausführungen zu fehlenden Alternativen stimmt er zu. Die Aktien würden zum jetzigen Zeitpunkt weit unter Wert veräußert. Eine sinnvolle Anlage des Veräußerungserlöses ist zudem derzeit nicht möglich. Er wird den Antrag ablehnen.

KTM Franken erinnert daran, dass sich die SPD-Kreistagsfraktion in der Vergangenheit intensiv dafür eingesetzt hat, in der Bilanz den richtigen Wert der Aktien zu ermitteln. Dies ist mit dem Jahresabschluss 2014 gelungen. Finanzanalytisch ist nicht der richtige Zeitpunkt um über einen Verkauf nachzudenken.

KTM Ulrich erklärt, dass seitens der CDU-Kreistagsfraktion die Auffassung vertreten wird, dass der Antrag zu Unzeiten kommt. Es gilt die Neustrukturierung abzuwarten.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 6 Gegenstimmen

Beschluss:

Der Antrag der Kreistagsfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 01.10.2018 über eine Abstimmung zur Veräußerung der RWE-Stammaktien wird abgelehnt.

Zu Punkt 13 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 942 /WP14

Sachstandsbericht zum Knotenpunktsystem im Kreis Kleve;
Antrag der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

KTM Höhn nimmt Bezug auf die Beantwortung einer Anfrage der Kreistagsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN zum Knotenpunktsystem zu Beginn dieses Jahres. In dem Antwortschreiben war ausgeführt, dass das Beschilderungskataster im Sommer 2018 vorgestellt werden und die Beschilderung dann ab Oktober erfolgen sollte. Der Verwaltungsvorlage ist nun zu entnehmen, dass diese Arbeiten jetzt erst ausgeschrieben wurden. Sie bittet um kurze Erläuterung, worauf die eingetretene Verzögerung zurückzuführen ist.

Landrat sagt schriftliche Beantwortung zu.

Zu Punkt 14 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 916 /WP14

Bauwerksprüfungen und Prüfungsintervalle für die Straßenbrücken im Kreis Kleve;
Antrag der Unabhängigen Kreistagsfraktion (UKF) vom 24.09.2018

KTM Hayduk merkt zu Punkt 8 an, dass davon ausgegangen worden ist, dass in Anlehnung an die Dringlichkeit abgearbeitet wird. Zu Punkt 12 bittet er um Mitteilung zu den weiteren Planungen.

Landrat antwortet, dass der Kreistag, im Zusammenwirken mit der KKB GmbH, eine Priorisierung vornimmt und die Mittel entsprechend zur Verfügung stellt. Dies gilt auch für die Kreisstraße 1. Wenn die Priorität gegeben und eine Abstimmung mit dem Kreis Viersen ergangen ist, werden die Arbeiten entsprechend durchgeführt.

KTM Habicht merkt an, dass nach seinem Kenntnisstand die Brücke, die in der Antragsbegründung angeführt wird, ein Brückentyp ist, der nicht häufig bzw. in Deutschland gar nicht gebaut wurde.

KTM Palmen greift den Antrag der SPD-Kreistagsfraktion zur Tagesordnung auf. Der Antrag der UKF datiert vom 24.09.2018. Im Anschluss folgte eine Auflösung der Fraktion und eine Neugründung der Fraktion DIE LINKE. Aus seiner Sicht hätte der Antrag in der Kreistagssitzung nicht behandelt werden dürfen, da die Formalien der Geschäftsordnung für den Kreistag des Kreises Kleve nicht erfüllt sind.

Landrat stimmt KTM Palmen für den Fall, dass eine Auflösung der Fraktion UKF erfolgt wäre, zu. Eine Prüfung der Verwaltung kam jedoch zu dem Ergebnis, dass keine Auflösung der Fraktion UKF vorliegt, sondern lediglich eine Umfirmierung. Aus dem Grund ist der Antrag der Fraktion, die am 24.09.2018 unter dem Namen UKF und nun unter dem Namen DIE LINKE. agiert, nicht untergegangen.

Zu Punkt 15 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 934 /WP14

Entgeltliche oder geschäftsmäßige Personenbeförderung
Änderung der ordnungsbehördlichen Verordnung über den Taxentarif für den Kreis Kleve

KTM Franken weist darauf hin, dass sich die Beschlussfassung erheblich auf die, vom Nutzer zu zahlenden, Preise auswirken wird. Vor diesem Hintergrund kündigt er einen Antrag der SPD-Kreistagsfraktion an, der eine Anpassung des Zuschusses für den Night-Mover zum Inhalt haben wird. Dort wird ein entsprechender Anpassungsbedarf gesehen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei 1 Enthaltung

Beschluss:

Die als Anlage 2 beigefügte Änderungsverordnung zur Taxitarifordnung für den Kreis Kleve wird als ordnungsbehördliche Verordnung erlassen.

Zu Punkt 16 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 937 _1/WP14

Schnellstmögliche Verbesserung und Ausbau der Bahnstrecke Geldern – Kleve
grenzüberschreitend bis nach Nijmegen
Anträge der SPD-Kreistagsfraktion vom 11.09.2018 sowie vom 20.11.2018

KTM Franken erläutert die Antragstellung der SPD-Kreistagsfraktion. Der zugrundeliegende Sachverhalt ist komplex. Aufgrund aktueller Entwicklungen erfolgte eine Modifikation des Antrages. Die Punkte 1 bis 3 des Ursprungsantrages wurden dahingehend modifiziert, dass der Aktualität der Planungen des VRR Rechnung getragen wurde. In einem weiteren Schritt ist eine Prüfung gewollt, in welchen Gebieten ein zweigleisiger Ausbau möglich ist. Auch die Planungen des VRR, Fahrzeuge mit Batterie- und Brennstoffzellentechnik einzusetzen, sollen aufgegriffen werden. Zur Reaktivierung der Bahnstrecke verweist er auf eine Passage aus dem Protokoll der Besprechung bei der Gemeinde Berg en Dal. Dort ist ausgeführt, dass nach den Kommunalwahlen 2018 in der Koalitionsvereinbarung von Berg en Dal aufgenommen wurde, dass eine Reaktivierung der Bahnlinie nicht gewünscht und keine Zeit in weitere Gespräche investiert wird. Die Gemeinde will sich an die in diesem Jahr vereinbarte Koalitionsvereinbarung halten und nicht noch mehr personelle Kapazitäten einsetzen. Diese Position ist mit der Stadt Nimwegen abgestimmt. KTM Franken erklärt, dass der genannten Koalitionsvereinbarung zu entnehmen ist, dass die Reaktivierung innerhalb der derzeitigen Koalitionsperiode nicht auf die Tagesordnung gesetzt werden wird. Sollten andere Parteien die Möglichkeiten besprechen oder untersuchen wollen, wird man diesen Entwicklungen folgen, ohne eigene Finanzmittel einzusetzen. Richtigerweise müsste es in der Verwaltungsvorlage somit heißen, dass eine Reaktivierung derzeit nicht realisierbar ist. Spätestens nach den nächsten Wahlen ist mit Bewegung zu rechnen.

KTM Düllings stellt den gemeinsamen Antrag der CDU-Kreistagsfraktion und der FDP-Kreistagsfraktion, den Tagesordnungspunkt und den Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 20.11.2018 erneut zur Beratung in den Fachausschuss zu verweisen. Ausgehend von den bereits 2016 im Kreistag getroffenen Entscheidungen besteht grundsätzlich kein Bedarf für eine erneute Beschlussfassung. Allerdings ist momentan zweifelsfrei eine Aktualität der Thematik gegeben. Die Verbesserung des technischen Zustandes der Strecke und der eingesetzten Züge und damit verbunden die Behebung der zahlreichen Störungen muss als vordringliche Aufgabe des VRR und der DB-Netz AG gesehen werden, die es kurzfristig zu erfüllen gilt. Die Anzahl der Störungen, die auf die Infrastruktur zurückzuführen sind, ist unzumutbar. Derzeit sind die Zustände für die Nutzerinnen und Nutzer untragbar. Es ist daher beabsichtigt, zur nächsten Sitzung des Fachausschusses einen entsprechenden Resolutionsentwurf vorzulegen. Adressat sind die Entscheidungsträger bei der DB-Netz AG, der Nordwestbahn aber auch dem VRR sowie die weiteren Verantwortlichen auf Bundes- und Landesebene. Vordringliche Aufgabe ist es, die derzeitige Situation in den Griff zu bekommen. In einem weiteren Schritt sind dann die Perspektiven zu erörtern, wie sie in der damaligen Beschlussfassung bereits aufgearbeitet worden sind.

KTM Prof. Dr. Klapdor führt aus, dass er hinsichtlich der Reaktivierung der Bahnstrecke eine andere Wahrnehmung hat als KTM Franken. Er geht nicht davon aus, dass seitens der Verwaltung zum Ausdruck gebracht werden sollte, dass eine Reaktivierung bis in alle Ewigkeit ausgeschlossen ist. Aber realistisch betrachtet ist sie momentan nicht möglich. Der Kreistag hat den Landrat beauftragt, Gespräche zu führen um zu einer gemeinsamen Lösung zu kommen. Dies ist nicht gelungen.

KTM Eicker begrüßt die Verweisung in den Fachausschuss. Die derzeitigen Zustände sind untragbar. Es ist zugesagt worden, dass es ein Protokoll des Gesprächs zwischen dem VRR, Abgeordneten und weiteren Beteiligten geben wird, in dem Maßnahmen dargestellt werden, die zu Verbesserungen führen sollen. Dieses Protokoll soll Anfang des Jahres vorliegen. Es wäre wünschenswert, wenn es bereits in die Beratungen im Fachausschuss einfließen könnte.

Landrat sagt, dass er an dem Gespräch teilgenommen hat und zwischen den Eingeladenen Vertraulichkeit über die Inhalte des Gesprächs vereinbart wurde.

KTM Habicht führt aus, dass es bedauerlich ist, dass eine Reaktivierung der Bahnstrecke seitens der Vertreter der niederländischen Seite derzeit nicht gewünscht ist. Es wäre wünschenswert das Thema nicht vollständig aus den Augen zu verlieren.

KTM Franken erklärt das Einverständnis zur Verweisung des Antrages in den Fachausschuss.

Beschluss:

Der Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 11.09.2018, in der Fassung vom 20.11.2018, wird einvernehmlich zur Beratung in den Ausschuss für Umwelt- und Strukturplanung verwiesen.

Zu Punkt 17 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 877 _1/WP14

Pflegebedarfsplan des Kreises Kleve
Fortschreibung zum 31.12.2018

KTM Engler kündigt einen Antrag der SPD-Kreistagsfraktion zum nächsten Haushalt an. Inhalt wird sein, bei der nächsten Fortschreibung wieder ein wissenschaftliches Institut zu beauftragen. Auch wird die Einbindung der KPGK bei der Fortschreibung des Pflegebedarfsplanes kritisch gesehen. Dies wird in der nächsten Sitzung des Fachausschusses thematisiert werden.

KTM Höhn führt aus, dass die Kreistagsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN der Fortschreibung nicht zustimmen wird. Es wird als großer Fehler angesehen, dass der Pflegebedarfsplan Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene nicht mit einbezieht. Der Kreis Kleve hat eine Verantwortung, diese Personengruppen, bei denen sich eine andere Situation ergibt, zu berücksichtigen.

KTM Schreiber verweist auf die Diskussionen im Ausschuss für Gesundheit und Soziales. Man ist sich der Verantwortung für diese Bevölkerungsgruppe sehr bewusst. Aber es geht um eine Fortschreibung des Pflegebedarfsplanes, die auf einer statistischen Grundlage, die 2016 vorgegeben wurde, beruht. Der Pflegebedarfsplan umfasst die von KTM Höhn benannte Personengruppe, ohne diese detailliert auszuweisen. Daher wurde im Fachausschuss vereinbart, dass bei der nächsten Fortschreibung Wert darauf gelegt wird, diese Gruppe zu benennen und sich einen Überblick zu verschaffen, wo bestimmte Bedarfe vorhanden sind.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 6 Gegenstimmen

Beschluss:

Die „Fortschreibung des Pflegebedarfsplanes für den Kreis Kleve – 2018“ wird zum Stand 31.12.2018 in der der Verwaltungsvorlage beigefügten Fassung als örtliche Planung gemäß § 7 Abs. 1 und 4 Alten- und Pflegegesetz NRW (APG NRW) beschlossen.

Zu Punkt 18 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 878 _1/WP14

Demografiekonzept des Kreises Kleve
Vereinsbefragung

KTM Engler weist darauf hin, dass die Broschüre leider nicht vollständig ist. Er regt an zu prüfen, ob eine Fortschreibung des Berichtes, gegebenenfalls in anderer Form oder mit anderen Mitteln, möglich ist.

KTM Rupp ergänzt, dass u.a. das Selbsthilfebüro als kreisweite Einrichtung fehlt. In diesem sind 149 Vereine organisiert. Es ist bedauerlich, dass es in der Broschüre keinen Hinweis darauf gibt, zumal das Selbsthilfebüro aus Mitteln des Kreises Kleve unterstützt wird. Sollte über Aktualisierungen nachgedacht werden, sollte auch ein Teil vorgesehen werden, in den Vereinen aufgenommen werden, die kreisweit tätig sind.

Landrat antwortet, dass ein öffentlicher Aufruf an die Vereine erging. Aus Sicht der Verwaltung wäre es problematisch gewesen, bei einzelnen Vereinen von dem, mit dem öffentlichen Aufruf aufgezeigten Weg zur Erfassung, abzuweichen.

Zu Punkt 19 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 938 /WP14

Satzung des Kreises Kleve über die Erhebung von Gebühren und Auslagen für Amtshandlungen auf dem Gebiet der Frischfleischhygiene

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei 1 Enthaltung

Beschluss:

Die Gebührenbedarfsberechnung und die dazugehörigen Erläuterungen werden zur Kenntnis genommen.

Die Satzung des Kreises Kleve über die Erhebung von Gebühren und Auslagen für Amtshandlungen auf dem Gebiet der Frischfleischhygiene wird entsprechend dem vorgelegten Entwurf beschlossen.

Zu Punkt 20 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 955 /WP14

Änderung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zwischen der Landeshauptstadt Düsseldorf, dem Kreis Mettmann und dem Kreis Kleve über die Untersuchung und Begutachtung von Lebensmitteln, Bedarfsgegenständen und Kosmetika für den Kreis Kleve

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei 1 Enthaltung

Beschluss:

Die Verwaltung wird bevollmächtigt, über eine schriftliche Zusatzvereinbarung (Anlage 1) die öffentlich-rechtliche Vereinbarung mit der Landeshauptstadt Düsseldorf und dem Kreis Mettmann vom 15./21./26. November 2007 über die Untersuchung und Begutachtung von Lebensmitteln, Bedarfsgegenständen und Kosmetika für den Kreis Kleve so anzupassen, dass die Kündigungsfrist von derzeit zwei Jahren vor Vertragsablauf auf ein Jahr vor dem Vertragsablauf verkürzt wird.

Zu Punkt 21 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 935 /WP14

Studie zur Nitratbelastung des Grundwassers im Kreis Kleve
Antrag der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 08.10.2018

KTM Sickelmann erläutert, dass Anstoß für die Antragstellung eine Studie war, die der Kreis Viersen in Auftrag gegeben hat um sich einen Gesamtüberblick über die Situation der Trinkwasserversorgung und der Trinkwasserqualität im Kreis Viersen zu verschaffen. Der Kreis Viersen richtet nun eine Initiative an die Landesregierung, da das Problem dort dringend ist. Ziel des Antrages ist es, die Fakten für ein Gesamtbild der Nitratproblematik zusammenzutragen. Der Kreis Kleve ist flächendeckend von der Nitratproblematik betroffen. KTM Sickelmann erklärt, dass davon ausgegangen wird, dass noch eine Beantwortung der Anfrage vom 03.12.2018 erfolgt. Es wird vermutet, dass zumindest bei einem Teil der Wasserwerke zur Einhaltung der Nitratwerte Trinkwasser aus tieferen Schichten gefördert werden muss. Aus tieferen Stockwerken kann nur ein begrenztes Dargebot gefördert werden.

KTM Palmen nimmt Bezug auf die Diskussion im Ausschuss für Umwelt und Strukturplanung. Es entsteht das Gefühl, dass eine Dramatisierung erfolgt, die in der Sache nicht angebracht ist. Alle Stadtwerke im Kreis Kleve sind seit Jahrzehnten mit der Problematik befasst und haben mit der Landwirtschaft ein Prozedere gefunden, den Nitratreintrag in den Grundwasserkörper, der teilweise zur Trinkwassergewinnung herangezogen wird, zu reduzieren. Seit dem Jahr 2000 gibt es einen Rückgang in der Nitratbelastung. Aus Sicht der CDU-Kreistagsfraktion ist es nicht angebracht, den Eindruck zu erwecken, als ob alles im Argen ist. Es steht außer Frage, dass die Nitratbelastung eine Rolle spielt. Die Langzeitwirkungen des Verzehrs von Nitrat im Trinkwasser und in anderen Flüssigkeiten ist nicht bekannt. Aber es gibt keinen Grund, eine Studie, wie sie beantragt wurde, zu erstellen, da alles, was die Studie aussagen könnte, bekannt ist.

KTM Dr. Prior sagt, dass die Grenzwerte eingehalten werden, die Messwerte aber nicht gut sind. Daran muss gearbeitet werden. Die Kooperationen mit der Landwirtschaft gibt es andernorts auch. Die entscheidende Frage ist also, warum andere Orte, mit einer vergleichbaren Strategie, auf bessere Messwerte kommen als der Kreis Kleve. Hier könnte eine Studie ansetzen. Er weist darauf hin, dass es in den letzten Jahrzehnten im Kreis Kleve eine erhebliche Konzentration der Trinkwasserproduktion gegeben hat, was eine besondere Verantwortung einschließt.

KTM Eicker betont, dass die SPD-Kreistagsfraktion für alle Maßnahmen ist, die eine Reduzierung des Nitratgehalts bewirken. Die Ablehnung richtet sich ausschließlich gegen die Studie, da diese nicht für erforderlich gehalten wird.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 6 Gegenstimmen und 1 Enthaltung

Beschluss:

Der Antrag der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 08.10.2018 wird abgelehnt.

Zu Punkt 22 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 927 /WP14

Landschaftsplan des Kreises Kleve Nr. 10 – Weeze
Anpassung des Landschaftsplans an die kommunale Bauleitplanung der Gemeinde Weeze (35. Flächennutzungsplanänderung ‚Feuerwehr Weeze Wemb‘)

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschluss:

Der Kreis Kleve als Träger der Landschaftsplanung erhebt keine Bedenken gegen die Anpassung des Landschaftsplans des Kreises Kleve Nr. 10 Weeze an die kommunale Bauleitplanung der Gemeinde Weeze, sofern die im Umweltbericht beschriebenen Maßnahmen zur Vermeidung, Verringerung und zum Ausgleich nachteiliger Auswirkungen im weiteren Verfahren konkretisiert und umgesetzt werden.

Zu Punkt 23 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 928 /WP14

Landschaftsplan des Kreises Kleve Nr. 13 – Geldern-Issum
Anpassung des Landschaftsplans an die kommunale Bauleitplanung der Stadt Geldern (26. Flächennutzungsplanänderung ‚Verschwenkung Stadtkerntangente‘)

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschluss:

Der Kreis Kleve als Träger der Landschaftsplanung erhebt keine Bedenken gegen die Anpassung des Landschaftsplans des Kreises Kleve Nr. 13 Geldern-Issum an die kommunale Bauleitplanung der Stadt Geldern, sofern der Artenschutz beachtet wird und die im Landespflegerischen Fachbeitrag dargestellten Vermeidungs-, Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen vollumfänglich berücksichtigt werden.

Zu Punkt 24 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 929 /WP14

Landschaftsplan des Kreises Kleve Nr. 08 – Uedem
Anpassung des Landschaftsplans an die kommunale Bauleitplanung der Gemeinde Uedem (34. Änderung des Flächennutzungsplans der Gemeinde Uedem und Aufstellung des Bebauungsplans Uedem Nr. 10f ‚Gewerbegebiet Molkereistraße‘ im Parallelverfahren)

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschluss:

Der Kreis Kleve als Träger der Landschaftsplanung erhebt keine Bedenken gegen die 34. Änderung des Flächennutzungsplans der Gemeinde Uedem und die Aufstellung des Bebauungsplans Uedem Nr. 10f „Gewerbegebiet Molkereistraße“ im Parallelverfahren, vorbehaltlich der vollständigen Prüfung der Auswirkungen des Vorhabens hinsichtlich des Arten-, Natur- und Landschaftsschutzes sowie der Berücksichtigung der im weiteren Planungsverlauf festgelegten Vorgaben bezüglich Artenschutz, Vermeidungs- und Ausgleichsmaßnahmen.

Zu Punkt 25 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 961 /WP14

Rettungsdienst;
Beschlussfassung über den Wirtschaftsplan 2019 für den Rettungsdienst des Kreises Kleve

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschluss:

Der als Anlage beigefügte Wirtschaftsplan 2019 für die eigenbetriebsähnliche Einrichtung "Rettungsdienst des Kreises Kleve" wird in der vorgelegten Form festgestellt.

Zu Punkt 26 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 826 /924/WP14

Mitteilungen

KTM Franken erfragt die Stundenanteile von Frau Poschlod-Grause und Frau Schultze-van Acken. Er möchte wissen, ob mit den personellen Veränderungen eine Erhöhung des Stundenanteils einhergeht.

Frau Boxnick antwortet, dass Frau Poschlod-Grause 15 Stunden/Woche und Frau Schultze-van Acken 10 Stunden/Woche tätig sind. Der Stundenanteil erhöht sich nicht.

Kreistag nimmt die Mitteilungsvorlagen 826/WP14: Geschäftsbericht für den Peter-Albers-Studienfonds und 924/WP14: Gleichstellungsbeauftragte zur Kenntnis.

Zu Punkt 27 der Tagesordnung:

Anfragen

KTM Habicht führt aus, dass Gesprächen mit einigen Versicherungsunternehmern verschiedener Versicherungsunternehmen über die Ausbildungssituation der Versicherungskaufleute im Kreis Kleve die einhellige Meinung gezeigt haben, dass ein Ausbildungszweig zur Kauffrau oder Kaufmann für Versicherungen und Finanzen im Kreis Kleve begrüßt würde. Bereits schon wegen des wöchentlichen Pendelns zu den jetzigen Berufsschulstandorten würde eine Ausweitung des Ausbildungszweiges in den Kreis Kleve Sinn machen. In diesem Zusammenhang bittet KTM Habicht um die Beantwortung verschiedener Fragestellungen.

Landrat sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

KTM Klinkhammer erfragt die Möglichkeit, der Wirtschaftsförderung Kreis Kleve GmbH den Dank für die großartige Beteiligung an der Ausrichtung der Green live auszusprechen. Er führt ferner aus, dass das Wolfsgebiet auch Bereiche des Kreises Kleve umfasst (Rees) und äußert seine Sorge um kleine Kinder und die domestizierten Haustiere. Er möchte wissen, ob es im Kreis Kleve eine Überlegung gibt, wie die Bevölkerung und die Tiere in Zukunft, wenn sich der Wolf weiter ausbreitet, geschützt werden kann.

Landrat antwortet, dass es bei der Kreisverwaltung Kleve mangels Zuständigkeit keine entsprechenden Überlegungen gibt. Auf Bitte eines Schafzüchters wurde die zuständige Ministerin angeschrieben und die Problematik geschildert. Die Antwort versteht er dahingehend, dass das Wolfsgebiet und die entsprechenden Unterstützungen für Schutzmaßnahmen, ausgehend von den derzeitigen Gegebenheiten, momentan nicht ausgeweitet werden.

KTM Klinkhammer fragt, ob ein Tierschutzbund mit der Bitte an den Landrat herangetreten ist, Haustiere mehr vor dem Wolf zu schützen.

Landrat antwortet, dass ihm keine entsprechende Bitte bekannt ist.